

Hinwil Güterfusion setzt in den Augen der Primarschulpflege keine Synergien frei und kostet zu viel

Ein klares Nein zur Einheitsgemeinde

Die Primarschulpflege Hinwil lehnt das Projekt Einheitsgemeinde ab. Weder werde die Schulqualität verbessert, noch könnten zusätzliche Synergien genutzt werden. Auch die Kosten seien zu hoch.

Die Primar- und die Oberstufenschulpflege Hinwil haben zusammen eine interne Arbeitsgruppe Einheitsgemeinde eingesetzt, die den Auftrag hat, die in der von Gemeindepräsident Walter Bachofen geleiteten güterübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeiteten Grundlagenpapiere zu analysieren und die Information innerhalb der Schulen zu gewährleisten.

Die Primarschulpflege hat zudem im Rahmen von zwei internen Informationsveranstaltungen von den Vor- und Nachteilen einer Einheitsgemeinde Kenntnis genommen. Sie ist laut Medienmitteilung der Auffassung, dass aus einer Fusion der drei Güter ganz erhebliche Vorteile resultieren müssten, damit sich der zu erwartende Aufwand rechtfertigen lässt.

Unter anderem hat sich die Primarschulpflege die folgenden vier Grundsatzfragen gestellt:

- Verbessert eine Einheitsgemeinde die

Qualität der Schule Hinwil wesentlich?

- Ist eine Einheitsgemeinde für die Hinwiler Einwohner wesentlich transparenter, näher am Bürger und dadurch vorteilhafter?

- Wird durch eine Einheitsgemeinde die Schulbehörde wesentlich entlastet?

- Setzt eine Einheitsgemeinde ein erhebliches Synergiepotenzial frei und generiert damit wesentliche Kosteneinsparungen?

Kein Einfluss auf Schulqualität

Auch in einer Einheitsgemeinde bleibe die Schulpflege für die ihr per Gesetz, Verordnungen und Weisungen der Bildungsdirektion zugeschriebenen Aufgaben zuständig. Dasselbe gelte für die Schulleitungen und die weiteren Gremien der Schule. Innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens bringe eine Einheitsgemeinde theoretisch weder eine Verbesserung noch eine Verschlechterung der Schulqualität, schreibt die Primarschulpflege Hinwil.

Die Qualität einer Schule bemesse sich nicht nur am Vollzug von Gesetzen, sondern auch an Wie und Wann etwas umgesetzt wird und dem Spielraum, der genutzt werden kann, ohne dass dafür explizit eine gesetzliche Pflicht besteht.

Bei der Nutzung dieser «Spielräume» (zum Beispiel Tagesschule Unterbach und Wernetshausen, sonderpädagogi-

sches Konzept Kindergarten 1. Klasse, diverse Gebäudesanierungen, Liegenschaftenverkäufe, Erweiterungsbau Meiliwiese) ist die Schulpflege in der heutigen Organisationsform direkt und ausschliesslich den Stimmberechtigten gegenüber Rechenschaft schuldig, ansonsten aber im Rahmen ihrer Finanzkompetenzen und ihres Budgets frei handlungsfähig.

In einer Einheitsgemeinde hingegen sei der Gemeinderat vor allem in den Bereichen Budget und Liegenschaften der Schulpflege übergeordnet. «Es wird also ein zusätzliches Entscheidungsgremium eingeschoben, das direkt (Liegenschaften) und indirekt (Budget) Einfluss auf den Handlungsspielraum der Schulpflege und damit der Schule hat», stellt die Primarschulpflege fest.

Erfahrungen aus anderen Einheitsgemeinden zeigten, dass die Budgethoheit des Gemeinderates dazu verwendet wird, Einfluss auf Entscheide der Schulpflege zu nehmen, die eigentlich per Gesetz in die Zuständigkeit der Schulpflege fallen. Erwähnt seien etwa die Zuweisung von Schülern in Sonderschulen oder Spezialschulen, die Durchführung von Projektwochen und Klassenlagern und das Einrichten von Mittagstisch und Tagesschulen.

Die Primarschulpflege Hinwil kommt deshalb zum Fazit: «Eine Einheitsgemeinde hat bestenfalls keinen Einfluss auf die Schulqualität.»

In den Augen der Schulbehörde entstehen in der Einheitsgemeinde Kompetenzabgrenzungen und Graubereiche in

den Zuständigkeiten. In der bestehenden getrennten Budget- und Rechnungsoffenlegung sei den Stimmberechtigten hingegen klar, was die Schule kostet, da jedes Gut eine separate Rechnung abschliesst. «In der heutigen Organisationsform ist somit transparent, wer für was verantwortlich ist und was wie viel kostet. Der Stimmbürger kann über das Budget und die Rechnung der Schulen separat beschliessen.»

Mehrbelastung für Schulpfleger

Weiter stellt die Primarschulpflege fest, dass eine Einheitsgemeinde den Zusammenschluss der Schulgemeinden bedingt und damit eine Vergrösserung des Aufgabenbereiches der Schulpflege bei gleichzeitiger Reduktion der Anzahl Schulpflegemitglieder.

Sämtliche Schulliegenschaften sollen in der Einheitsgemeinde in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates übergehen. Heute sind von den total 22 Pflegemitarbeitern deren 3 im Liegenschaftsbereich gebunden. In diesem Bereich könne zwar von einer Entlastung ausgegangen werden, auch wenn sich weiterhin ein Schulpflegemitglied mit den Schulliegenschaften befassen wird. Für eine wirksame Entlastung der Schulbehörde ist nach Ansicht der Primarschulpflege aber nicht die Einheitsgemeinde massgebend, sondern es sind

der Reform- und Änderungsdruck in der Bildungspolitik und professionelle und ausreichend dotierte Schulleitungen und Schulverwaltungen.

Happige Mehrkosten erwartet

Schliesslich weist die Primarschulpflege in ihrem Medienbericht darauf hin, dass die Einheitsgemeinde auch kein wesentliches Synergiepotenzial freisetzt, das nicht bereits heute genutzt werde (Liegenschaftsverwaltung, Zusammenarbeit bei Bauprojekten, Finanzadministration, Zusammenarbeit Oberstufenschulpflege/Primarschulpflege) oder das nicht in der bestehenden Organisationsform genutzt werden könne.

Die jährlich wiederkehrenden Mehrkosten belaufen sich, so haben es die Primarschul- und die Oberstufenschulpflege errechnet, bei einer Einführung der Einheitsgemeinde auf 360 000 bis 400 000 Franken, die einmaligen Kosten der Schulzusammenlegung auf rund 200 000 Franken.

Alle Fakten sprechen für ein Nein

Aus all diesen Gründen hat die Primarschulpflege Hinwil beschlossen, die Fusion der Primarschulgemeinde mit der Oberstufenschulgemeinde und der Politischen Gemeinde zur Einheitsgemeinde abzulehnen. (bpd/zo)

«Die Einheitsgemeinde hat keinen Einfluss auf die Schulqualität.»

«Die jährlichen Mehrkosten betragen gegen 400 000 Franken.»

Gossau



(Bild: Felix Wolfensperger)

Riesige Reithalle wurde aufgerichtet

Was am vergangenen Dienstag bei misslichsten Witterungsbedingungen in Angriff genommen worden ist, konnte gestern bei strahlendem Frühlingwetter weitgehend abgeschlossen werden: die Aufrichte der riesigen Reithalle von Karin und Ueli Reutimann im Gossauer «Eisweiher». Der vom einheimischen Architekturbüro Künzli & Stahel projektierte Bau weist die stattlichen Masse von 40 auf 80 Meter auf. Für die Aufrichte zeichnet die ebenfalls ortsansässige Holzbaufirma Moser verantwort-

lich. Es werden insgesamt rund 220 Kubikmeter Holz «verbaut».

Montiert wurden allein für die Dachkonstruktion 13 Tragbalken, sogenannte Binder, mit einer Spannweite von nicht weniger als 32 Metern und dem beachtlichen Gewicht von 2,8 Tonnen pro Stück. «Wenn weiterhin alles rund läuft», erklärt Bauherr Ueli Reutimann, «kann die Halle im Mai in Betrieb genommen werden. Und darauf freuen wir uns natürlich alle sehr.» (wo)

Bäretswil Bürgerforum Fluglärm Bäretswil startet Petition

Fluglärmgegner wollen den Gemeinderat umstimmen

Mit der Unterstützung des Bürgerprotests Fluglärm Ost sammeln Bäretswiler Fluglärmgegner Unterschriften für eine Petition. Darin wird vom Gemeinderat der Beitritt zur Region Ost verlangt.

Martin Mächler

Das Thema Fluglärm beschäftigt spätestens seit dem Ausbau des ILS im Osten des Flughafens auch die Bäretswiler. Seit einigen Monaten wird die Gemeinde vorwiegend in den Morgen- und Abendstunden vermehrt überflogen. Widerstand gegen den Fluglärm regte sich bisher aber nur vereinzelt. So etwa an der Gemeindeversammlung im letzten Dezember, als Hanspeter Eckhardt in einer zweiseitigen Anfrage eine Stellungnahme vom Gemeinderat verlangte. Einerseits ging es dabei um die Meinung der Behörde zum laufenden SIL-Prozess, andererseits um einen möglichen Beitritt zum Gemeindeverbund Region Ost. Die Antwort des Gemeinderates fiel

knapp aus. Für Beschlüsse zum SIL-Prozess sei der Gemeindepräsidentenverband des Bezirks Hinwil zuständig, und für einen Beitritt zur Region Ost sehe man derzeit kein Bedürfnis.

Bezirksrat wies Rekurs ab

Eckhardt gelangte darauf mit einem Stimmrechtsrekurs an den Bezirksrat, in dem er eine ausführlichere Antwort des Gemeinderates verlangte. Der Bezirksrat ging jedoch nicht darauf ein, da keine Stimmrechtsverletzung vorliege. Auch die Gründe für eine Aufsichtsbeschwerde seien nicht gegeben. Es sei unbestritten, dass nicht der Bäretswiler

Gemeinderat, sondern die Gemeindepräsidentenverbände der Bezirke von der Volkswirtschaftsdirektion zu einer Stellungnahme zum SIL-Prozess aufgefordert worden seien. Mit einer Anfrage könne der Gemeinderat nicht dazu aufgefordert werden, seine Meinung kundzutun.

Hinzu komme, dass der Bäretswiler Gemeinderat dem Beschwerdeführer bereits im August 2007 mitgeteilt habe, dass Bäretswil ausserhalb des An- und Abflugregimes des Flughafens liege und immer mindestens 600 Meter über Grund überflogen werde. «Dies bedeutet, dass die Einflussnahme auf den SIL-Prozess praktisch nicht vorhanden ist, da ein Überflug in dieser Höhe jederzeit erlaubt ist», so die damalige Begründung des Gemeinderates.

Fluglärmgegner geben nicht auf

Die Bäretswiler Fluglärmgegner wollen aber noch nicht aufgeben. Sie starten nochmals einen Versuch, den Gemeinderat dazu zu bewegen, sich aktiv gegen den Überflug der Gemeinde einzusetzen. Einige Einwohner haben sich vor kurzem zum Bürgerforum Fluglärm Bäretswil zusammengeschlossen. Anfang April wollen sie mit Unterstützung des Bürgerprotests Fluglärm

Ost (BFO) damit beginnen, Unterschriften für eine Petition zu sammeln. Mit dieser soll der Gemeinderat aufgefordert werden, dem Gemeindeverbund Region Ost beizutreten. Mit Flugblättern, die in sämtliche Bäretswiler Haushalte verteilt werden, will man die Bürger auf die drohende Zunahme der Lärmbelastung aufmerksam machen.

«Bäretswil kann sich nur in einem starken Verbund wehren», ist Ralph

Weidenmann, Co-Präsident des BFO, überzeugt. Der Gemeinderat lehne den Beitritt bisher ab, nun erhalte die Bevölkerung Gelegenheit Stellung zu beziehen. Und wenn diese nicht will? «Wir haben zum Ziel, 300 bis 400 Unterschriften zusammenzukriegen. Wenn das nicht gelingen sollte, ziehen wir uns zurück»,

Hans-Peter Hulliger

erklärt Weidenmann. Nur wenn genügend Leute unterschreiben, könne man das gewünschte starke Zeichen setzen.

«Es macht einfach keinen Sinn»

Vor der Lancierung der Petition hat das Bürgerforum den Gemeinderat brieflich darüber informiert und Gespräche mit Vertretern der Region Ost angeboten. In ihrer Antwort stellte die Behörde aber nochmals klar, dass man «ausdrücklich auf eine einseitige Stellungnahme zugunsten oder gegen die Süd- oder Ostausrichtung» verzichte. Wie Gemeindepräsident Hans-Peter Hulliger auf Anfrage sagte, werde man von dieser Haltung auch künftig nicht abweichen. «Weil es einfach keinen Sinn machen würde.» Für die Gemeinde Bäretswil wie auch für andere Gemeinden im Bezirk Hinwil könnten sowohl die Süd- als auch die Ostvariante Nachteile bringen. «Wenn wir uns für die eine oder andere Variante stark machen, haben wir danach unter Umständen trotzdem mehr Fluglärm», so Hulliger. Man habe Verständnis dafür, wenn sich die Bürger gegen die Ostausrichtung aussprechen. «Wir können uns aber nicht hinter etwas stellen, was unserer Gemeinde Nachteile bringen könnte.»

Das Thema habe man innerhalb des Bezirks schon oft diskutiert und sei zu folgendem Schluss gekommen: «Es wäre das Beste, wenn der Flughafen entsprechend seiner ursprünglichen Auslegung betrieben würde.» Will heissen: einen Flugbetrieb mit primärer Ausrichtung nach Norden.